

WIR FRAGEN: WAS SIND DIE POSITIONEN IHRER PARTEI ZUM DISKRIMINIERUNGSSCHUTZ?



SPRACH- UND INFORMATIONSBARRIEREN IM GESUNDHEITSSYSTEM

Insbesondere Geflüchtete, aber auch Menschen mit Migrationsgeschichte insgesamt, machen im Gesundheitssystem immer wieder die Erfahrung, dass ihnen nicht angemessen geholfen werden kann. Sprach- und Informationsbarrieren sowie eine mangelnde Diskriminierungs- und Kultursensibilität erschweren einen gleichberechtigten Zugang. Mit welchen Maßnahmen werden sie den gleichberechtigten Zugang zum Gesundheitswesen garantieren?

Antworten der Parteien



Der deutsche Bundestag hat im Jahr 2016 das Integrationsgesetz verabschiedet. Mit diesem Gesetz haben wir unseren zentralen Leitsatz des Förderns und Forderns – auch für Flüchtlinge – rechtlich verbindlich gemacht, den Integrationsprozess weiter beschleunigt sowie bürokratische Hürden abgebaut. So starten zum Beispiel die Integrationskurse nun schneller als bisher und es gibt zusätzliche Unterrichtsstunden für die Vermittlung von unseren Werten. Gleichzeitig haben wir die Alphabetisierungskurse überarbeitet.

Ein Bundespartizipationsgesetz, welches die anteilmäßige Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte in der Verwaltung oder in Gremien erzwingen soll, lehnen wir hingegen ab. Darüber hinaus stärken wir die Rechte der Patientinnen und Patienten auch durch verständlichere Gesundheitsinformationen und mehr Transparenz im Hinblick auf die Qualität der medizinischen und pflegerischen Leistungen. Deshalb werden wir ein „Nationales Gesundheitsportal“ schaffen, das wissenschaftlich abgesicherte und verständliche Informationen bündelt und im Internet zur Verfügung stellt.



In Bezug auf die Flüchtlinge haben wir beispielsweise mit den Regelungen zur Gesundheitskarte, zum Impfschutz oder zu Traumata-Behandlungen in dieser Legislaturperiode wichtige Regelungen auf den Weg gebracht, die sich inzwischen auch bewährt haben. Wichtig aus Sicht der SPD ist die deutliche Erhöhung der Förderung der Selbsthilfe, die wir mit dem Gesetz zur Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention durchsetzen konnten. Gerade beim Thema Selbsthilfe müssen Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlinge stärker in den Blick genommen werden. Wir brauchen mehr Selbsthilfeangebote, die kulturelle, ethnische sowie geschlechtsspezifische Anforderungen berücksichtigen. Und wir müssen mehr Multiplikatoren gewinnen, die Informationen über Möglichkeiten der Selbsthilfe weitergeben.



Kultursensibilität lässt sich schwer in Gesetzesform gießen. Wichtig ist uns deshalb, in allen Politikfeldern zu betonen, dass alle Menschen die gleichen Rechte und Pflichten haben. Wichtig zur politisch gesteuerten Reduktion der Diskriminierung ist eine Gesundheitskarte für alle in Deutschland lebenden Menschen, natürlich auch für Geflüchtete. Das haben wir im Bundestag auch u.a. in einem Antrag gefordert (BT-Drs. 18/7413; <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/074/1807413.pdf>). Leider haben CDU/CSU und SPD dies abgelehnt, obwohl in der Anhörung selbst der Sachverständige, der von der CDU/CSU benannt wurde, Zweifel an einer sachgerechten medizinischen Versorgung durch die Sozialämter aussprach. Neben dem gleichen Recht auf gute Gesundheitsversorgung ist wichtig, dass Dolmetscherdienste kostenfrei in Anspruch genommen werden können.



Wir halten es für notwendig, dass für schutzbedürftige Personen für die Dauer ihres Asylverfahrens (anders als bislang) ein Rechtsanspruch auf Sprachmittlung durch unabhängige DolmetscherInnen verankert wird, damit die Angebote – auf die eine schutzbedürftige Personen einen Anspruch hat – auch tatsächlich und mit nachhaltigem Erfolg wahrgenommen werden können; und dass hierfür verbindliche Verfahrensvorschriften zwischen den verschiedenen Leistungsträgern (z.B. Sozialämtern, Krankenkassen) etabliert werden. Der Einsatz von qualifizierten DolmetscherInnen ist in den Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung aufzunehmen.



Sprach- und Informationsbarrieren dürfen kein Grund sein, einem Patienten nicht die optimale Gesundheitsversorgung zukommen zu lassen. Aus diesem Grund setzen wir uns für ein vereinfachtes Gesundheitssystem ein, das die Menschen nicht vor unüberwindbare Hürden stellt. Zudem begrüßen wir den Fachkräftezugang aus dem Ausland, die Förderung der englischen Sprache und die Sensibilisierung für kulturelle Unterschiede, damit Barrieren und Vorurteile nachhaltig abgebaut werden.



Von der AfD haben wir bis zum spätesten Abgabedatum (04.08.2017) keine Antworten auf die Wahlprüfsteine erhalten.

Dies ist ein Wahlprüfstein des Projekts "Die Wahlprüfsteine", in dem sich 18 Verbände und Initiativen aus dem Bereich der Antidiskriminierung zusammengeschlossen haben. Insgesamt wurden 93 Wahlprüfsteine zu den Themen Gleichstellung und Teilhabe den Parteien zur Beantwortung vorgelegt, die bei der Bundestagswahl 2017 gute Chancen auf den Einzug in den Bundestag haben.



www.die-wahlpruefsteine.de



www.facebook.com/Die.Wahlpruefsteine